

2 Meinungen

Leserbriefe

Wo ist das Risiko?

Zu «Bundesrat ist gegen finanzpolitische Experimente», SN 10. 11.

Laut SN ist der Bundesrat gegen finanzpolitische Experimente und lehnt deshalb die Vollgeld-Initiative ab. Es wird mit Angstmacherei der Status quo verteidigt und unterstellt, dass die Vollgeld-Initiative der Finanzbranche unvorhersehbare Risiken und der Schweiz wirtschaftlichen Schaden bringen würde.

Es hat mir jedoch noch niemand erklären können, warum es ein Risiko darstellen würde, wenn die Geschäftsbanken bei der Kreditvergabe kein Buchgeld mehr selbst schöpfen dürften, sondern mit dem Buchgeld gleich umgehen müssten wie mit Münz- und Notengeld. Deshalb glaube ich, dass es im Gegenteil sicherer wäre, wenn auch das Giralgeld, wie Münzen und Noten, nur noch von der Nationalbank neu geschöpft und in Umlauf gebracht werden dürfte. Dabei könnten auch die Schöpfungsgewinne für diese elektronischen Gelder (zusätzlich circa 5 bis 10 Milliarden jährlich) an die rechtmässigen Empfänger, nämlich an die Allgemeinheit, Bund, Kantone, uns alle, fliessen.

Damit würde die Verfassung ernst genommen (nur die SNB darf eigentlich Schweizer Franken schöpfen), die Realwirtschaft würde gestärkt, und die Gelder auf den Zahlungsverkehrskonten wären dank diesem Vollgeld so sicher wie im eigenen Geldbeutel.

Jakob Koch
Dörflingen

Den guten Orwell hinter sich gelassen

Zu «Traktorfahrt endet vor Bundesgericht», SN vom 21. 11.

Überrascht hat mich das leider gar nicht. Verhältnismässigkeit ist mittlerweile gerade im Verkehr und vorzugsweise jungen Leuten gegenüber ein Fremdwort. Gehe ich richtig in der Annahme, dass Schaffhausen und Luzern im Moment die gnadenlosesten Ahnder von harmlosen «Verkehrsdelikten» sind? Wer sagt eigentlich diesen Polizisten (den früheren Freunden und Helfern), wie sie sich zu verhalten haben? Nichts durchgehen lassen, keinen gesunden Menschenverstand walten lassen, einen potenziell initiativen jungen Menschen in den Maschen der Technojustiz zappeln lassen? Und beileibe nicht den ersten?

Ich hätte vor Jahrzehnten nicht einmal träumen können, dass ich an einem strahlend sonnigen Tag gebüsst werde, weil ich für zwei Minuten vergessen habe, das Licht anzuschalten. Oder dass Kontrolleure um 17.55 Uhr vor meinem Büro (wo ich seit x Jahren regelmässig parkiere und zahle) noch garantiert Bussen-zettel verteilen würden, 5 Minuten vor Ablauf der zahlungspflichtigen Zeit. Ganz zu schweigen von weiteren Beispielen, die den Alltag eines Kleinbetriebes betreffen, der auf Mobilität angewiesen ist.

Eine Behörde, die (wie in diversen Schweizer Kantonen) das Fehlverhalten der Bürger fest budgetiert (als zu «erreichendes» Ziel!), hat den guten George Orwell schon lange hinter sich gelassen und handelt jenseits jeder Ethik.

Da hat dieser junge Mann doch für wie viele Tausend Franken alle möglichen Instanzen beschäftigt – was wird er sich da denken? Ob das Methode hat?

Christian Frei
Schaffhausen

Behörden hätten zweifellos Wichtigeres zu tun

Zu «Traktorfahrt endet vor Bundesgericht», SN vom 21. 11.

Es ist peinlich, ja geradezu beschämend, in einem Land zu leben, in welchem Fälle wie obige Traktorfahrt von der Polizei geahndet und dann gerichtlich bearbeitet werden. Mit diesem lapidaren Fall wird dem jungen Traktorfahrer möglicherweise eine Militärausbildung als Motorfahrer verunmöglicht. Er hat unwissentlich im Auftrag seines Arbeitgebers, der – notabene – gerichtlich freigesprochen wurde, gehandelt.

Die involvierten Behörden hätten zweifellos Wichtigeres und Vernünftigeres zu tun, als Paragrafenreiterei. Wo bleibt da die Vernunft? Ein klassischer Verhältnislödsinn!

Matthias Henne
Langwiesen

Gott hat keine böse Seite

Zu «Der Teufel übernimmt die böse Seite Gottes», SN vom 12. 11.

Obwohl ich den Artikel zu Professor Mathys genau studiert habe, finde ich keine Übereinstimmung mit der Bibel. Im Alten Testament kommt die Realität des Teufels weit öfter vor als erwähnt. Beginnen wir bei der Schöpfungsgeschichte, Adam, Eva und dem Teufel in Gestalt einer Schlange. In mehrfacher Hinsicht erkennen wir die Versuchung des Teufels zum Beispiel im Leben von Kain, Lots Frau (Ungehorsam), Simson, König Saul, König David usw. In diesen Lebensgeschichten ist nicht Gott die Versucher, nein, der Teufel war der Versucher, und Gott liess es zu.

Gott ist souverän, er lässt dem Menschen den freien Willen. Er zwingt keinen dazu, wieder in die Beziehung Gott-Mensch zu kommen.

Warum hat denn Gott uns Menschen seinen Sohn Jesus gesandt? Dass der Mensch, wenn er will, die Liebe Gottes erleben darf, in allen Versuchungen und Problemen. Dass er erkennen darf, auch wenn er im grössten Sumpf steckt, dass Gott sein Geschöpf, den Menschen, liebt und ihn zu sich ziehen will, dass er ihn von dem Bösen erlösen kann.

Darum die Frage: Warum beten wir denn im Vaterunser «... und erlöse und von dem Bösen, denn dein ist die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit»? Gott hat keine böse Seite. Gott allein ist vollkommen. Er allein kann uns erlösen von dem Bösen.

Käthi Labhart
Schaffhausen

Unter der Rubrik «Leserbriefe» veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.

Korrigenda

«KONJUNKTURBERICHT»

SN vom 23. November 2016
Der Bericht basiert auf einer Umfrage zum Jahr 2016 und auf den Erwartungen für 2017.

«SCHWARZE ZAHLEN IM JAHR 2019»

SN vom 22. November 2016
Kantonsrätin Susi Stühlinger gehört der Alternativen Liste an und nicht der SP.

90 KANDIDATEN FÜR ZWEI PARLAMENTE

SN vom 23. November 2016
Für den Merishäuser Gemeinderat kandidieren Christian Ehrat (ÖBS, neu), Paul Leu (parteilos, neu) und Werner Stauffacher (parteilos, neu).



Eingang zum Nationalratssaal, wo die Parlamentarier in der Wintersession intensiv über die Finanzen debattieren. Für den Schaffhauser Nationalrat Thomas Hurter (SVP) müssen die steigenden Ausgaben dringend gebremst werden. Bild zvg

Wahlen und Finanzen

Die kommende Wintersession steht ganz im Zeichen von Wahlen und Diskussionen rund um die Finanzen. Bei Letzteren zeichnen sich problematische Entwicklungen ab. Zum Beispiel wird bis 2019 ein Drittel unserer Ausgaben für die Sozialwerke benötigt.

VON THOMAS HURTER

halb gut daran, die Einnahmen des Bundes defensiv zu prognostizieren, weil wir momentan vor allem aufgrund von Sonderfaktoren positive Rechnungsabschlüsse ausweisen.

Ein weiteres Problem ist die vermehrte Zunahme der gebundenen Ausgaben im Bundeshaushalt. Mittlerweile sind mehr als 60 Prozent der Bundesausgaben gebundene Ausgaben, weshalb der Rest die Sparbemühungen des Bundes überdurchschnittlich tragen muss. Dies ist zum Beispiel ein Grund

dafür, weshalb die Bundesmittel für die Armee immer knapper werden.

Die Schuldenbremse darf auf keinen Fall ausgehebelt werden. Es ist zu prüfen, wie man diese auch auf unsere Sozialwerke ausdehnen könnte. Bis 2019 werden knapp ein Drittel der gesamten Einnahmen für unsere Sozialwerke benötigt werden, dies bei steigender Tendenz. Die Ausgaben im Bereich Migrationswesen, Entwicklungshilfe, Beziehungen zum Ausland sowie Wachstum der Stellen beim Bund nehmen stark zu. Es ist dringend angezeigt, dass Nutzen und Wirkung bei der Entwicklungszusammenarbeit überprüft werden.

Im Stabilisierungsprogramm 2017 bis 2019 waren ursprünglich jährliche Entlastungen von 800 Millionen bis 1 Milliarde Franken vorgesehen. Insgesamt wurden 24 Massnahmen, auf sämtliche Aufgabengebiete des Bundes bezogen, vorgeschlagen. Wie das Paket am Schluss aussehen wird, wird sich noch zeigen. Auch wir sind davon direkt betroffen. Uns ist es wichtig, was jetzt mit dem Zollamt Bargaen passieren wird. So wie es momentan aussieht, konnte eine Schliessung des Zollamtes mit vereinten Kräften verhindert werden. Leider zeigt dieses Beispiel einmal mehr, dass Sparen beim Overhead erst in zweiter Linie angesagt ist. Es ist daher auch in Zukunft ganz genau darauf zu achten, dass Sparübungen weniger auf dem Buckel der Leistungserbringer ausgetragen werden.

Thomas Hurter ist Schaffhauser SVP-Nationalrat.

Presseschau Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel stellt sich zur Wiederwahl

Merkel hat den Zenit ihrer Macht im In- und Ausland überschritten. Die Ergebnisse der CDU bei den letzten Landtagswahlen waren so desaströs, dass

Bundeskanzlerin Alternativlos also (...). Diese Sichtweise ist genauso unsinnig wie Merkels stete Behauptung während der Euro-Krise, die immer

Barack Obama, der scheidende US-Präsident, hat sie (Anm. Kanzlerin Merkel) jüngst gar zu seiner Erbin ausgerufen – zur Verteidigerin des freien Westens,

Frankfurter Allgemeine

Putin, dem sie tatsächlich als eine der Letzten Paroli bietet, es sich nicht verkneifen konnte, darüber zu spotten. Merkels «Alternativlosigkeit» an der Parteispitze wie auch der als genialer Schachzug verkaufte Versuch, eine ostdeutsche Protestantin aus dem grünen Lager als Kandidatin der Union für das Bellevue aufzustellen, offenbaren, wie ausgezehrt die CDU ist, beim Personal wie in der Programmatik. (FAZ)

Neue Zürcher Zeitung

neuen Milliardenkredite an Griechenland und andere Südländer seien alternativlos, wolle man ein Scheitern «Europas» verhindern. Und sie ist genauso falsch wie Merkels Beharren auf dem Gipfel der Flüchtlingskrise im letzten Jahr, die Hunderttausende von Migranten müssten unkontrolliert ins Land gelassen werden, da man die Grenze ohnehin nicht kontrollieren könne. (Neue Zürcher Zeitung)

sueddeutsche.de

der Aufklärung und ihrer Grundwerte. Mit der Last eines solchen Erbes kann man eigentlich nur scheitern. Wird Merkel überschätzt? Es ist ihr jedenfalls viel aufgebürdet. Eigentlich nicht von Obama, sondern von den Zeitläufern. (Süddeutsche Zeitung)